

TAGESPOLITIK - KOMMENTARE - AUSLANDSBERICHTE

P/XXII/86

Bad Godesberg, den 9. Mai 1967

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite</u>		<u>Zeilen</u>
1	<u>Juniorpartner der CDU?</u> Eine notwendige Klarstellung	46
1a	<u>Sorge um Griechenland</u> Europäische Sozialdemokraten klagen an	43
2	<u>Menschlich gesehen</u> Der getreue Otto Von Dr. Gisela Sänger	24
2	<u>DFU dezimiert</u>	9
3 - 4	<u>Am Rande der Karlsbader Konferenz</u> Kommunisten wollen Dialoge mit den Katholiken Von Igor Valentin, Prag + +	6

SELBSTBESTIMMUNG UND EINGLIEDERUNG bringt heute:

"Zu neuem Anfang unserer nachbarlichen Geschichte bereit"
Dank und Zustimmung für Willy Brandt
Straßburger Verurteilung der Vertreibung
Immer wieder neue Möglichkeiten durchdenken
Bei den Sudetendeutschen in England
Polen am stärksten vertreten
Ehrungen für Ernst Paul
Neue Aufgabe für Willi Jäger

Herausgeber: SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH, 53 Bonn 1, Postfach

Büro: Baunscheidtstrae 17 • Telefon: Geschäftsführung 21901/319 • Redaktion 21831/32 • Telex: 8886890

Verantwortlich für die Redaktion: Chefredakteur Günter Markscheffel

Juniorpartner der CDU ?

Eine notwendige Klarstellung

sp - Bemerkenswerte Feststellungen hat auf dem Landesparteitag der saarländischen CDU der Ministerpräsident und CDU-Landesvorsitzende Röder getroffen. Er zollte der SPD Anerkennung dafür, daß sie angesichts der schwierigen Lage der Nation ihre Opposition in Bonn aufgegeben und sich zur Zusammenarbeit mit der CDU unter Bundeskanzler Kiesinger entschlossen habe. Röder verband dieses der SPD zugedachte Lob mit der Warnung, die notwendige Zusammenarbeit in dieser Bundesregierung nicht durch unnötige parteiegoistische Spekulationen zu belasten.

Der saarländische Ministerpräsident, ein besonnener Mann, hatte wohl Gründe für seine Warnung. Einigen Leuten in der CDU sind die Ergebnisse der Landtagwahl in Schleswig-Holstein und vor allem in Rheinland-Pfalz zu Kopf gestiegen; sie glauben, daraus gewisse Rückschlüsse im Sinne eines verstärkten Einflusses der CDU auf Kosten der SPD innerhalb der Großen Koalition ziehen zu müssen.

Sie sind im Irrtum. Sie vergessen, unter welchen Vorzeichen die Bildung der Großen Koalition erfolgte. Sie sollten sich die Zeit nehmen, die Regierungserklärung noch einmal nachzulesen. Zwei gleichgewichtige Partner haben sich zusammengefunden, um einen verfahrenen Karren wieder aus dem Dreck zu ziehen, und sie haben sich auf ein Regierungsprogramm geeinigt, das die Handlungsfähigkeit der Bundesrepublik wieder sichert. Unter der Regierung Erhard und seinem Partner FDP war sie verlorenggegangen, war das internationale Ansehen der Bundesrepublik auf den Nullpunkt gesunken. Daran zu erinnern, tut gelegentlich not, und auch daran, daß beide gleichgewichtigen Partner nach dem Wort Kiesingers bis zu den nächsten Bundestagswahlen auf Ge-
deih und Verderb aufeinander angewiesen sind. Da gibt es kein oben und kein unten, keine Juniorpartnerschaft, und es gibt auch keine Fortsetzung der CDU, CSU-Politik, wie sie bis zum Spätherbst 1966 seit 27 Jahren betrieben wurde. Die CDU-Ministerpräsidenten in Stuttgart und München mögen dies aus parteiegoistischen Gründen übersehen, in Bonn übersieht man das nicht. Wir haben seit Dezember 1966 eine von der Union und den Sozialdemokraten gemeinsam getragene, von inneren und äußeren Notwendigkeiten geprägte Politik. Sie hat das innenpolitische Klima grundlegend verändert und manche Dinge in Bewegung gebracht, von denen vorher nur wenige zu träumen wagten.

Manche leben noch in der Vorstellungswelt der vergangenen Jahre und sie tun sich schwer, sich mit den neuen Tatbeständen abzufinden. Sie sehnen sich nach der Wiederkehr der Zeiten, in denen Partei- und Staatsherrschaft schwer zu unterscheiden waren. Galt diesen Kreisen innerhalb der CDU die Warnung des saarländischen Ministerpräsidenten Röder?

Sorge um Griechenland

Europäische Sozialdemokraten klagen an

- * Die Sozialdemokraten der Europäischen Gemeinschaften verlangen
- * die Wiederherstellung der Demokratie in Griechenland. Der Vorsit-
- * zende der sozialistischen Fraktion im Europäischen Parlament,
- * Frantis Vals, und der Vorsitzende des Verbindungsbüros der sozial-
- * demokratischen Parteien der Europäischen Gemeinschaften, Lucien Ha-
- * doux, überreichten am 8. Mai 1967 in Straßburg der Presse folgen-
- * de Erklärung:

Das Verbindungsbüro der sozialdemokratischen Parteien der Europäischen Gemeinschaften und die sozialistische Fraktion des Europäischen Parlaments haben mit Bestürzung zur Kenntnis genommen, daß die demokratische Ordnung in Griechenland durch einen Staatsstreich beseitigt und durch eine Militärdiktatur ersetzt wurde. Das zur Ausschaltung der verfassungsmäßig gewährleisteten Freiheitsrechte angewandte Verfahren und die widerrechtliche Einführung des Notrechts stellen einen eindeutigen Verfassungsbruch dar. Dieses Vorgehen sowie insbesondere die willkürliche Verhaftung tausender den Usurpatoren nicht genehmer Personen sind unvereinbar mit den Verpflichtungen, welche Griechenland als Mitglied des Europarates und insbesondere durch die Unterzeichnung der Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten übernommen hat. Der Umsturz der demokratischen Ordnung widerspricht aber auch dem Abkommen zur Gründung einer Assoziation zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und Griechenland, in dem sich die Partner verpflichtet haben,

- * ... durch gemeinsames Streben nach dem hohen Ziel des Vertrags
- * zur Gründung der EWG Frieden und Freiheit zu wahren und zu
- * festigen;
- * und alle Maßnahmen zu unterlassen, welche die Verwirklichung
- * der Ziele des Athener Abkommens gefährden könnten.

Damit ist der Assoziation zwischen der EWG und Griechenland ein schwerer Schlag versetzt worden. Es ist die wesentliche Aufgabe dieser Assoziation, einem freien und demokratischen Griechenland den Weg in die volle Mitgliedschaft in den Europäischen Gemeinschaften zu ebnen. Die Erreichung dieses Zieles ist durch die Vorgänge in Griechenland vorerst unmöglich geworden.

Die Sozialdemokraten der Europäischen Gemeinschaften halten deshalb die normale Anwendung des Assoziationsabkommens mit Buchstaben und Geist der Römischen Verträge und des Assoziationsabkommens mit Griechenland für unvereinbar. Sie verlangen daher die sofortige Freilassung aller nach dem Militärputsch festgenommener politischer Häftlinge und sie ersuchen die EWG-Kommission, Ministerrat und Europäische Investitionsbank, die Anwendung des Assoziationsabkommens mit Griechenland bis zur Wiederherstellung der parlamentarischen Demokratie in Griechenland auszusetzen.

Menschlich gesehen

Der getreue Otto

Von Dr. Gisela Sänger

Otto Allerdings für weitere Jahre als Hauskassierer bestätigt - so beschloß die Jahreshauptversammlung 1967 des Ortsvereins Kellinghusen der Sozialdemokraten. Etwas Besonderes? Nein. Denn sie beschloß das regelmäßig, schon seit 1910. Damals war Otto 23 Jahre jung und seit zwei Jahren Mitglied der SPD. Er blieb treu.

Vor ein paar Jahren hatte er sich zur Ruhe gesetzt. Aber am Tage seiner "Goldenen Hochzeit" ließ er sich von seiner Frau und dem Kreisvorsitzenden, der gratulierte, willig überzeugen, daß das Amt, für das er sich zu alt gefühlt hatte, wieder auf ihn warte. "Damit er mir nicht dauernd vor dem Besen sitzt", meinte Oma Allerdings. "Um die Langeweile zu bekämpfen", entschloß sich Opa.

Nun radelt er wieder ins Nachbardorf, um bei vier alten Parteimitgliedern den Beitrag zu kassieren, wie zu Zeiten Kaiser Wilhelms, wie in den Jahren der Weimarer Republik, wie seit dem neuen Beginn nach dem Zusammenbruch Deutschlands.

Opas "Verdienst": 40 Pfennige. Aber als er von einem finanzkräftigen Mitglied, das den Höchstbeitrag zahlt, das Geld holte, schienen ihm die 10 Prozent Kassierergel zu viel "für einen so kleinen Dienst - und dann: für die Partei".

In diesem Jahr wurde er 80 Jahre alt. Am Tage nach seinem Geburtstag bestätigte ihn die Jahreshauptversammlung seines Ortsvereins für ein weiteres Jahr in seinem Kassiereramte. Opa radelt weiter - für die Partei, für die Sache, an die er glaubt und die ihm Inhalt seines Lebens wurde, die große Sache der kleinen Leute.

+ + +

DFU dezimiert

Niemand spricht mehr von ihr. Die Wahlanalysen übergehen sie bereits. Trotzdem lohnt ein kurzer Blick auf die letzten Teile der Wahlergebnisse von Rheinland-Pfalz und Schleswig-Holstein, wo die DFU noch verzeichnet wird: Ihr Anteil ist im Südwesten von 1,2 Prozent auf 0,9 Prozent und im Norden von 1,3 auf 1,2 Prozent zurückgefallen. - Diese Tendenz zum Nullpunkt ist die Antwort auf jede Spekulation mit Unzufriedenheit innerhalb der Sozialdemokratie über den Eintritt in die Regierung. Die Annahme, daß man die SPD zersetzen oder infiltrieren könne, hat sich wieder einmal als Irrtum erwiesen - bei der DFU ebenso.

Am Rande der Karlsbader Konferenz

Kommunisten wollen Dialoge mit den Katholiken

Von Igor Valentin, Prag

Die Karlsbader Konferenz der kommunistischen Parteien ist in der Bundesrepublik vor allem im Hinblick auf die dabei zu Tage getretene "Gegenbewegung" gegen die neue Bonner Ostpolitik gewertet worden. Es wurde auch die Stellungnahme der Konferenzteilnehmer zu der "amerikanischen Aggression in Vietnam" gebührend beachtet, geht es doch jetzt darum, sich darüber ein ungefähres Bild zu machen, welche "Rückendeckung" die Sowjets (gegenüber ihren Ostblockpartnern) für ihre weitere Beteiligung an den internationalen Entspannungsaaktionen als die geeignetste ansehen werden. Die Betonung der "kollektiven Sicherheit" läßt da bestimmte Schlüsse zu. Weniger Beachtung in der Bundesrepublik fanden die Hinweise einiger Karlsbader Delegierter auf die neuen Möglichkeiten für die kommunistische Bewegung, mit dem Katholizismus von heute "ins Gespräch" zu kommen.

Schon der polnische Chefdelegierte Gomułka hatte sich in seiner Erklärung in überraschend ausführlicher Weise mit den Veränderungen beschäftigt, die in der katholischen Kirche vor sich gingen. Neue Tendenzen des Vatikans in den Friedensfragen seien bereits während des Pontifikats Johannes XXIII. sichtbar geworden. Die letzte Papst-Enzyklika "Populorum progressio" enthalte zwar eine Reihe von Thesen, mit denen nach Gomułka die Kommunisten nicht übereinstimmen könnten, aber sie stelle dennoch einen Fortschritt in der Entwicklung der Gesellschaftslehren der katholischen Kirche dar und schaffe so eine geeignete Plattform für die Zusammenarbeit von Kommunisten und Katholiken.

In der Diskussion der Konferenz ging dann die spanische Delegierte und Vorsitzende des Zentralkomitees der spanischen KP, Frau Ibarruri, noch intensiver auf die "katholische Frage" ein. Man könnte vielleicht von einer Ketzerrei der spanischen Kommunisten sprechen - aber es sei tatsächlich nicht möglich, die Augen vor

den Veränderungen in der Katholischen Kirche zu verschließen. Die Enzyklika "Pacem in terris", das Zweite Vatikanische Konzil und die Enzyklika "Populorum progressio" stellten eine Anpassung der Kirche an die Gegenwart dar, in der neben dem kapitalistischen System der Sozialismus zu einer mächtigen Wirklichkeit geworden sei. Innerhalb der katholischen Bewegung tauchten starke Kräfte auf, die sich auf eine Zukunft orientierten, die auf der Demokratie und dem Sozialismus basiere.

Nach Ansicht von Frau Ibarruri gehen in Spanien die Tendenzen dieser Kräfte dahin, die Tatsache des Klassenkampfes sowie die Notwendigkeit anzuerkennen, ihn durch die Beseitigung des Kapitalismus zu überwinden. Ferner gäben diese Kräfte ihre Entschlossenheit zum Ausdruck, Seite an Seite mit ihren "kommunistischen Brüdern" sich zu bemühen, die Gesellschaft zu verändern. Im Kampfe um die Demokratie spiele die katholische Bewegung in Spanien eine positive Rolle. "Können wir denn", so fragte Frau Ibarruri, "diese Kraft ablehnen?" In die gleiche Kerbe schlug auch der Generalsekretär der italienischen KP, Lungo. Es sei möglich, daß sich auch in den katholischen Kreisen eine Massenbewegung zugunsten des Friedens sowie des bürgerlichen und sozialen Fortschritts der Völker entwickeln könnte, gab Lungo zu bedenken; die Kommunisten müßten eine Politik der Dialoge mit den Katholiken führen.

Bei den Konferenzteilnehmern fanden solche Hinweise in Richtung des "modernen Katholizismus" größte Beachtung, während die Delegierten der neben Polen am stärksten katholischen Ostblockländer, der Tschechoslowakei und Ungarns, ihre Überraschung nicht verhehlen konnten, daß dieses so heikle Thema gleich von drei Konferenzteilnehmern auf so breiter Basis angeschnitten wurde.

Kadar (Ungarn) hatte lediglich (und am Rande) nur "die fortschrittlichen Vertreter der Kirchen und der Gläubigen" neben anderen in seinem Konferenzbeitrag als Bundesgenossen beim Friedenskampf gelten lassen.